

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 34 (2015)
Heft: 66

Artikel: Die Aushebelung der Demokratie durch die Troika : Kommentar zur Machtpolitik der EU gegenüber Griechenland
Autor: Altvater, Elmar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Aushebelung der Demokratie durch die Troika

Kommentar zur Machtpolitik der EU gegenüber Griechenland*

Das Datum des 13. Juli 2015 muss man sich merken. In Brüssel wurde an diesem Tag das Projekt eines einigen, demokratischen und sozialen Europa begraben. Es ist der Tag eines kalten Staatsstreichs in einem Euroland. Das «Oxi» der Mehrheit des griechischen Volks beim Referendum vom 5. Juli wird wenige Tage später auf dem Gipfel der Euroregierungen in ein «Nai» umgezwungen.

Alexis Tsipras, der mit 61 Prozent Zustimmung eindeutig als Sieger aus der Volksabstimmung vom 5. Juli hervorgegangen ist, muss zu Kreuze kriechen, das Gegenteil des Volkswillens ausführen und die vom Volk abgelehnten Sparmassnahmen umsetzen. Er soll, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Krokodilstränen in den Augen jammerte, das «verloren gegangene Vertrauen» wiedergewinnen. Dem griechischen Parlament werden nur drei Tage gewährt, um den Willen der Gläubiger zu vollziehen. Für demokratische Entscheidungsfindung bleibt keine Zeit, die Termine fälliger Raten drängen.

Dahinter steckt wohl Absicht, denn mehr als einen Notruf gegen dieses unwürdige Diktat soll in der kurzen Zeitspanne niemand tun können. Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel, SPD-Parteivorsitzender, Vizekanzler und Wirtschaftsminister Gabriel, EU-Kommissionspräsident Juncker und Eurogruppen-Chef Dijsselbloem, EU-Parlamentspräsident Schulz und ihresgleichen zerstören die Demokratie, das Soziale, den Zusammenhalt, sie fördern neonationalistische Tendenzen in Europa. Muss man sich nicht beim griechischen Volk für diese beschämende Missachtung einer demokratischen Mehrheitsentscheidung entschuldigen? Muss man nicht gegen diesen empörenden Skandal auf die Strasse gehen?

In Athen und anderswo gehen die Menschen gegen die Erniedrigung durch die derzeit Mächtigen bereits auf die Strasse. Das ist Form und Forum der Demokratie heute. Das ist eine Möglichkeit der Gegenwehr gegen die Erpressung. Dabei soll auch an die Schulden Deutschlands erinnert

* Dieser Kommentar ist in leicht gekürzter Fassung in der Wochenzeitung WOZ vom 16. Juli 2015 unter dem Titel «Ein Pyrrhussieg des Euroliberalismus» erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Autors und der WOZ-Redaktion abgedruckt.

werden; Schulden aus den Zeiten des deutschen Naziterrors gegen das griechische Volk während des Zweiten Weltkriegs.

Doch die Troika-Institutionen und viele Medien erinnern an die nicht gezahlten Raten Griechenlands an den Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese summieren sich bis zum 14. Juli auf rund zwei Milliarden Euro, melden die Agenturen. Gleichentags ist zu lesen, die US-Finanzaufsicht ermittle gegen die Deutsche Bank, weil deren Moskauer Filiale dabei behilflich gewesen sei, einen fast dreimal höheren Betrag, nämlich rund 5,3 Milliarden Euro, aus dubiosen Geschäften an der Aufsicht vorbei in die Londoner City und in die Schweiz zu verschieben, um das Geld dort waschen zu lassen. Ja, Geldvermögen muss man besitzen – und nicht Schulden in der Bilanz haben. Dann drückt das Europa des Geldes beide Augen zu.

Das geschieht auch beim Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) mit dem Namen «quantitative Lockerung», das etwa zeitgleich mit der Zuspitzung der griechischen Krise aufgelegt wurde (vgl. Beitrag Bieling/Heinrich in diesem Heft). In dessen Rahmen werden bis 2016 mehr als 1100 Milliarden Euro dem Bankensektor zur Verfügung gestellt, sofern die Ratingagenturen ihr Placet geben. Die Tresore der EZB sind also für «Investoren», das sind zumeist Spekulanten, weit geöffnet. Schuldnerstaaten wie Griechenland und den griechischen Banken in der Klemme aber verweigert die EZB die Kredite, und sie entzieht den Banken auch für alltägliche Transaktionen das Geld. In einer kapitalistischen Geldwirtschaft ist das wegen der Folgen für die griechische Bevölkerung ein Verbrechen, zumal wenn der Geldentzug nicht notwendig ist.

Für die Staatsschulden wird von der Troika und den Regierungen der Eurozone ein ganzes Volk von elf Millionen Menschen in Haftung genommen. Beim Eintreiben der Schulden sind die Gläubiger der Eurogruppe nicht zimperlich und gehen ans Lebendige. Denn, wie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble immer wieder hervorhebt: Verträge müssen eingehalten werden.

Die Troika fordert Sachwerte, wenn dem Schuldner das Geld ausgeht und er von der «quantitativen Lockerung» ausgeschlossen bleibt. Griechenland soll seine Häfen und andere Infrastrukturen privatisieren, Ländereien und andere Vermögenswerte abgeben und den Erlös von anvisierten 50 Milliarden Euro auf ein Treuhandkonto lenken. Ein Viertel, also 12,5 Milliarden, soll investiert werden, viel zu wenig, um Wachstum anzukurbeln. Der grosse Rest soll genutzt werden, um Gläubigerforderungen zu befriedigen.

Bereits 2010 hatte die Springer-Presse von Griechenland gefordert, die Inseln der Ägäis zu verkaufen. Nun ist aus der Polemik bittere Realität geworden.¹ Das brach liegende Kapital an den grossen Finanzplätzen der Welt wartet auf Anlagemöglichkeiten. Die Plünderung kann beginnen.

Alexis Tsipras konnte gerade noch verhindern, dass der Treuhandfonds ausser Landes in Luxemburg angesiedelt wird. Nicht zu verhindern war das weitere Anziehen der Schraube des Schuldendienstes. RentnerInnen sollen erst mit 67 Jahren Ruhestandsbezüge erhalten, die Mehrwertsteuer wird erhöht, Löhne werden gedrückt, die Versicherungsleistungen gekürzt.

Der Sieg von Merkel, Schäuble und Co. vom 13. Juli kann sich noch als ein Pyrrhussieg herausstellen, weil damit das Projekt Europa zerstört wird. Es ist ein besonders extremer Fall von Verachtung und versuchter Vernichtung des Schuldners. Das hätte nur verhindert werden können, wenn zwischen Gläubigern und Schuldnern ein Interessenausgleich organisiert worden wäre. Die Schulden Griechenlands müssen reduziert oder umstrukturiert werden. Beim IWF weiss man das aus der Erfahrung vieler früherer Schuldenkrisen. In einem Memorandum vom darauffolgenden Wochenende forderte er denn auch von der Europäischen Union eine weitreichende Schuldenentlastung für Griechenland. Doch die Regierungen des Euroraums wollen an dem Land ein Exempel statuieren. Eine linke Alternative soll gegen den Euroliberalismus keine Chance haben.

Anmerkung

- 1 Am 19. Juli 2015 meldete Spiegel Online, dass der milliardenschwere Investor Warren Buffet zusammen mit dem italienischen Immobilienunternehmer Alessandro Proto die griechische Insel Agios Thomas gekauft habe. Die als vorzüglicher «Rückzugsort für Europas Elite» angepriesene Insel war für ein Schnäppchenpreis von fünfzehn Millionen Euro zu haben. Dies, nachdem aufgrund der Krise «auch die Preise für griechische Inseln drastisch gesunken» sind.
www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/griechenland-warren-buffett-kauft-insel-agios-thomas-a-1044357.html (Abfrage 21.7.2015), Anm. der Redaktion.